



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Dr. Ute Eiling-Hütig, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Ilse Aigner, Barbara Becker, Gudrun Brendel-Fischer, Matthias Enghuber, Petra Guttenberger, Petra Högl, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Dr. Petra Loibl, Dr. Beate Merk, Barbara Regitz, Andreas Schalk, Angelika Schorer, Kerstin Schreyer, Sylvia Stierstorfer, Carolina Trautner CSU,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 18/24856, 18/27823

Stärkerer Schutz von Prostituierten I – Ausbau der Präventions- und Beratungsangebote

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich unter Berücksichtigung nachfolgender Aspekte und im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel weiter für einen verbesserten Schutz von Prostituierten einzusetzen. Zentrales Ziel muss zunächst sein, durch einen Ausbau von Präventionsmaßnahmen den Einstieg in die Prostitution zu verhindern. Insbesondere müssen Frauen und Mädchen vor Menschenhandel und sexueller Ausbeutung geschützt werden. Darunter fällt beispielsweise die Loverboy-Methode, bei der junge Frauen in die Prostitution gezwungen werden.

Durch ein bedarfsgerechtes Präventionsangebot in der Schule, aber auch im Rahmen der örtlichen Jugendarbeit sollen Kinder und Jugendliche, Eltern sowie Multiplikatoren über Anbahnungsmethoden von Zuhältern noch stärker als bisher informiert und sensibilisiert werden. Darüber hinaus bedarf es auch der Aufklärung der Bevölkerung über die Lebensrealität vieler Prostituierten. Auch die hohen Risiken für die in der Prostitution tätigen Frauen und Männer und insbesondere auch die physischen und psychischen Auswirkungen müssen offener als bisher thematisiert werden.

Des Weiteren ist eine Ausweitung der Beratungsangebote für alle Prostituierte, insbesondere zum Ausstieg aus der Prostitution sowie der damit verbundenen beruflichen Neuorientierung zwingend erforderlich. Da viele Prostituierte ausländischer Herkunft sind und häufig nur schlecht deutsch sprechen können, muss die Beratung auch in der jeweiligen Muttersprache möglich sein.

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident